

Verbraucherinnen und Verbraucher reagieren immer ablehnender auf den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft. Im Mittelpunkt der Diskussionen: Glyphosat, gegen dessen Einsatz sich viele Bürgerinnen und Bürger europaweit einsetzen. Folgt die Politik den Protesten und kommt jetzt bald ein Verbot von Glyphosat auf nationaler Ebene?

Im Gespräch dazu: Reinhold Jost, saarländischer Umweltminister.

? Das Pflanzenschutzmittel Glyphosat stand und steht heftig in der Diskussion. Die Bundesumweltministerin hatte sich gegen eine weitere Zulassung ausgesprochen. Sie als saarländischer Umweltminister nicht, was zum Teil auf heftige Kritik stößt. Warum nicht?

! Das stimmt so nicht. Während andere nur reden und sich empören, haben wir im Saarland bereits vieles getan, um den Einsatz von Glyphosat und anderen Pflanzenschutzmitteln auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Dies haben wir auf Basis der freiwilligen Selbstverpflichtung und durch restriktive Ausnahmeregelungen geschafft. So haben wir zum Beispiel erreicht, dass Ausnahmegenehmigungen für den Einsatz glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel auf öffentlichen Flächen im Saarland nicht mehr erteilt werden, bereits erteilte Genehmigungen wurden zurückgegeben.

Aber wir müssen bei dem Thema auch über den eigenen Tellerrand schauen. Um den Glyphosat-Einsatz bundesweit einzudämmen, haben wir im Dezember erfolgreich eine eigene Bundesrats-Initiative gestartet. Ich bin überzeugt, dass am Ende der Diskussion ein EU-weites Glyphosat-Verbot stehen wird.

Im Übrigen würde eine Versachlichung der oft zu polemisch geführten Debatte dem wichtigen Thema sicher gut tun. Ich bin davon überzeugt, dass Naturschutz und Landwirtschaft keineswegs Gegensätze sind. Auch Landwirte müssen an einer intakten Natur interessiert sein, um gesunde Erzeugnisse hervorzubringen. Und hier setzen wir an.

? Was tun Sie als Umweltminister zur Reduzierung des Einsatzes des Pflanzenschutzmittels?

! Im Saarland haben wir bereits 2015 den Einsatz von Glyphosat auf öffentlichen Flächen und im privaten Gebrauch immens eingeschränkt. Und das Saarland hat, wie bereits erwähnt, eine Bundesrats-Initiative gestartet. Dabei steht für uns der Schutz der Biodiversität an vorderster Stelle.

Wir wollen mit der Initiative zum einen unserem Motto gerecht werden und den Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft auf das absolut notwendige Maß beschränken. Dafür sollen die geltenden Regelungen hinsichtlich Einsatzmenge, Einsatzhäufigkeit, Einsatzzeitpunkt und Ausbringungsfläche fortlaufend überprüft werden. In der saarländischen Landwirtschaft ist die Anwendung von Glyphosat kurz vor der Ernte bereits jetzt die absolute Ausnahme. Die Möglichkeiten einer Vorerntebehandlung können bei der Einhaltung der guten landwirtschaftlichen Praxis komplett entfallen.

Mit unserer Bundesrats-Initiative fordern wir insbesondere auch ein Glyphosat-Verbot im Haus- und Kleingartenbereich, da wir hier ein erhebliches Risiko der falschen,

gesundheits- und umweltgefährdenden Anwendung solcher Präparate sehen. De facto besteht bereits ein Anwendungsverbot auf befestigten Freilandflächen und auf sonstigen Freilandflächen, die weder landwirtschaftlich noch forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden. Die Länder haben jedoch die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmegenehmigungen zu erlassen. Da auf öffentlichen Flächen (z.B. Kindertagesstätten, Grünanlagen, Friedhöfe) der Schutz von Mensch und Tier sowie der Schutz der Natur immer im Vordergrund stehen müssen, sollten für solche Flächen generell keine Ausnahmen für den Einsatz glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel genehmigt werden.

? Gibt es eigentlich Zahlen zum Einsatz glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel im Saarland (Menge, Ausnahmegenehmigungen)?

! Nein, exakte Zahlen existieren nicht.

? Der Verbraucher will diese Stoffe nicht in seiner Nahrung haben. Biologisch wirtschaftende Betriebe zeigen ja, dass es ohne Glyphosat geht. Wäre es da nicht besser, aus dem Glyphosat-Einsatz auch angesichts des Bienen-/Insektensterbens ganz auszusteigen?

! Ich kann dem Verbraucher nur Recht geben. Wir alle wollen keine Stoffe in der Nahrung haben, die dort nicht hingehören. Natürlich müssen biologisch wirtschaftende Betriebe auch ohne chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel auskommen. Man muss sich aber auch darüber im Klaren sein, dass nicht alle Verbraucher bereit sind, für ökologisch erzeugte Lebensmittel das notwendige Geld auszugeben. Die Nachfrage nach solchen Lebensmitteln wächst dennoch stetig. Diesem Wachstumsprozess sind wir schon mit Abschluss des Koalitionsvertrages nachgekommen. Darin haben wir verankert: „Wir wollen unsere Spitzenposition im Ökolandbau halten und ausbauen. Daher streben wir an, bis 2022 25 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in ökologischer und nachhaltiger Bewirtschaftung zu haben. Dabei gilt das Prinzip: Qualität vor Quantität.“ Gerade aktuell sind wir dabei, den Wunsch der Landwirte in diesem Prozess auszuwerten. Im Anschluss daran werden wir in der nächsten Förderperiode die notwendigen Schritte einleiten, um entsprechende Förderprogramme auf den Weg zu bringen.

Danke für das Gespräch.

